



**PIFO**

POLITISCHE

ITALIEN-FORSCHUNG

# Italienische Finanzkrise und Börsendemokratie

Fakten – Analysen – Maßnahmen

Alexander Grasse

**Occasional Papers**  
No. 13/2012

**Hrsg. von**  
Alexander Grasse

## **Impressum**

PIFO Politische Italien-Forschung  
Erscheinungsort: Gießen

**Hrsg.: Prof. Dr. Alexander Grasse**

Institut für Politikwissenschaft  
Justus-Liebig-Universität Gießen  
Karl-Glöckner-Str. 21 E  
35394 Gießen

Tel.: 0641 - 9923091 (Sokr.)

Tel.: 0641 - 9923090

Fax: 0641 - 9923099

E-Mail: [alexander.m.grasse@sowi.uni-giessen.de](mailto:alexander.m.grasse@sowi.uni-giessen.de)

ISSN: 1866 - 7619

Gießen, 2012

© Alexander Grasse

<http://www.italienforschung.de>

# **Italienische Finanzkrise und Börsendemokratie**

## **Fakten – Analysen – Maßnahmen\***

*Alexander Grasse*

---

\* Beim vorliegenden Occasional Paper handelt es sich um die erweiterte und aktualisierte Fassung eines Beitrags, der am 01.12.2011 im Rahmen der von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Goethe-Institut organisierten Fachkonferenz: „Va bene?! Die deutsch-italienischen Beziehungen auf dem Prüfstand“ (Berlin, 01.-02.12.2011) vom Autor präsentiert wurde. Eine Dokumentation der Tagung findet sich unter: [www.bpb.de](http://www.bpb.de).



## Italienische Finanzkrise und Börsendemokratie

### Fakten – Analysen – Maßnahmen

Die These Colin Crouchs von der immensen, übermäßigen Macht ökonomischer Eliten, wird gerade durch die italienische (Re-) Finanzierungskrise überdeutlich. Crouch definiert in bewusster Übertreibung „Postdemokratie“ als ein Gemeinwesen, in dem zwar Wahlen abgehalten werden, in dem die Bürger jedoch nur eine nachrangige Rolle spielen und im Schatten von Inszenierung reale Politik von Eliten gemacht wird, welche vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten (Crouch 2008: 10). Greift man dies auf, könnte man anstelle von Postdemokratie inzwischen auch von „Börsendemokratie“ bzw. börsengelenkter Demokratie sprechen, in Anlehnung an Massimo Giannini, der in einem Leitartikel der römischen Tageszeitung *La Repubblica* am 17.11.2011 anlässlich der Vereidigung der Regierung Monti von einer „*democrazia dello spread*“ sprach, also einer „Demokratie“, die von den Zinsunterschieden getrieben wird, genauer gesagt den Differenzen bei den Risikoaufschlägen für Staatsanleihen unterschiedlicher Staaten bzw. entsprechend unterschiedlichen Renditen. Dies führt so weit, dass nicht nur Regierungswechsel erzwungen werden, sondern auch das Tempo einer Regierungsbildung von den Finanzmärkten diktiert wird (in diesem Fall: zweieinhalb Tage). Staatspräsident Giorgio Napolitano sah sich sogar genötigt, darauf zu drängen, die Regierungsbildung vor Beginn des Börsenhandels zu Wochenbeginn abzuschließen. Doch nicht nur das: Es wird eine Regierung unter Ausschluss von Berufspolitikern erzwungen; dies unterscheidet die Regierung Monti substantiell von den Regierungen Ciampi 1993 und Dini 1995, an denen auch Berufspolitiker beteiligt waren und somit eine unmittelbare Verbindung zwischen Parlamentsfraktionen und Regierung bestand.

Obwohl die Fakten eine ganz andere Sprache sprechen und die ökonomische Situation Italiens weit weniger dramatisch ist als derzeit öffentlich behauptet wird bzw. in den Reaktionen der Märkte zum Ausdruck kommt, ist Italien unter extremen Druck geraten. Gewiss, die Berlusconi-Jahre waren für Italien in vielfacher Hinsicht verlorene Jahre und das politische und ökonomische System bedarf dringend zahlreicher Reformen. Wie schon mehrfach in der jüngeren italienischen Geschichte, so kommt der entscheidende Anstoß dazu auch diesmal von außen. Zur Erinnerung: Es war der Wegfall des Ost-West-Gegensatzes 1989/90, der das Ende der blockierten Demokratie einläutete (wobei der Korruptionsskandal *Tangentopoli* 1992/93 erst zum Zusammenbruch des gesamten Parteiensystems führte). Es waren die Zwänge der Europäischen Wirtschaftintegration, die Italien im Jahr 1992

aufgrund seiner hohen Staatsverschuldung und hoher Inflationsraten aus dem Europäischen Währungssystem ausscheren ließen und zu haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen nötigten, welche 1996 eine Wiederaufnahme ermöglichten. Und schließlich: Es waren die Beschlüsse zur Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die Italien dazu trieben, entschiedener zu handeln (das Schreckgespenst lautete: „*L'Italia in serie B*“, Italien in der zweiten Liga“), so dass nach entsprechenden Stabilitätsbemühungen des damaligen Schatz- und Haushaltsministers Carlo Azeglio Ciampi, u.a. durch die Einführung einer „Europasteuer“ (*Eurotassa*) 1997<sup>1</sup>, im Frühjahr 1998 Italiens Beitritt zur EWWU möglich wurde.

Die „Fortdauer eines Verhältnisses von Zwang und Ansporn“, wie Mario Caciagli es einmal formuliert hat (Caciagli 2004), scheint evident angesichts der gegenwärtigen Krise Italiens, mit dem erzwungenen Rücktritt Silvio Berlusconi und der Schaffung einer „Regierung der externen Fachleute“ am 16. November 2011. Italien verdankt Europa zweifellos immer wieder wichtige Modernisierungsimpulse.

Gleichwohl ist dies gegenwärtig nur die halbe Wahrheit, so meine These. Der Angriff der Märkte auf Italien scheint eher den von J.M. Keynes „*animal spirits*“<sup>2</sup> genannten Dynamiken und gezielter Spekulation zu entsprechen als ernsthafter Sorge um den Zustand Italiens. Die Unterschiede zum Fall Griechenland sind mittlerweile hinlänglich bekannt und benannt worden (u.a. weitgehend intakte Wirtschaftsstrukturen Italiens, eine Staatsverschuldung, die mit 56% überwiegend inländisch finanziert ist, ein hoher Vermögensbestand der Bevölkerung etc.). Der Blick auf die nackten Zahlen zeigt, dass Italiens Schuldenstandsquote zwar in den letzten Jahren – trotz niedriger Zinsen – wieder angestiegen ist, nachdem zwischenzeitlich eine Senkung erreicht worden war und die Regierungen Romano Prodis 1996-1998 und 2006-2008 gezeigt hatten, dass eine andere Politik möglich ist.<sup>3</sup> Doch liegt die derzeitige

---

1 Dadurch konnte die Neuverschuldung um 0,6% gesenkt werden; 1999 erfolgte eine Rückerstattung der gezahlten Steuern in Höhe von 60%.

2 “(...) *animal spirits* – a spontaneous urge to action rather than inaction, and not (...) the outcome of a weighted average of quantitative benefits multiplied by quantitative probabilities“ (Keynes 1936: 161f.).

3 Positive Impulse setzte die Mitte-Links-Regierung durch effektivere Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht, was Milliarden in die Staatskasse spülte und durch die Wiedereinführung der Erbschafts- und der Schenkungssteuer, welche von der Regierung Berlusconi 2001 abgeschafft worden war. Hinzu kamen neue Ansätze in der Energiepolitik, etwa mit dem Aktionsplan für regenerative Energien, der bis 2016 eine Reduzierung des Energieverbrauchs um 9% vorsieht und steuerliche Vergünstigungen von bis zu 55% für Investitionen in entsprechende Anlagen beinhaltet. Auch im Bereich des Verbraucherschutzes gab es kleinere Fortschritte, u.a. durch Liberalisierungen in den Sparten Mobilfunk, Versicherungen, Apotheken und Taxiunternehmen;

Gesamtverschuldung in Höhe von 118,4% des BIP de facto lediglich um 0,3% über der für den Eintritt Italiens in die Eurozone zugrunde gelegten Quote von 1997, die 118,1% betrug (vgl. Abb. 1). Der signifikante Anstieg 2009 und 2010 ist dabei im Übrigen maßgeblich der Wirtschaftskrise geschuldet.

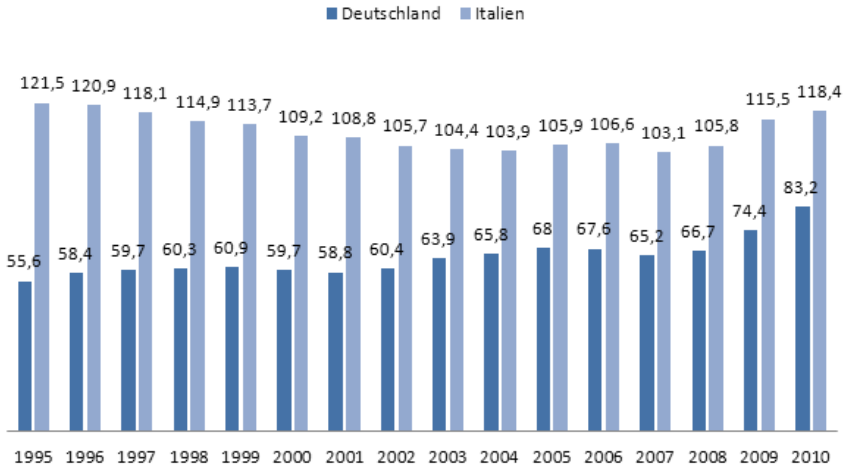
Tatsache ist auch, dass Italiens Verschuldung eindeutig ein Erbe der Spätphase der sogenannten „Ersten Republik“ und der „blockierten Demokratie“ ist, in der das von *Democrazia Cristiana* und *Partito Socialista Italiano* dominierte Parteienkartell politische Konflikte mit großzügiger Verteilungspolitik zuzudecken versuchte und die Staatsausgaben aufgrund massiver Korruption (*Tangentopoli*) zusätzlich in die Höhe getrieben wurden (in Form übersteuerter Aufträge der öffentlichen Hand). Bis zum Jahr 1982 lag Italiens Schuldenstandsquote noch bei 60% des BIP, was dem späteren Maastricht-Kriterium entsprach, insbesondere danach fielen die Ausgaben über Jahre deutlich höher aus als die Einnahmen es zuließen. Seit Beginn der sogenannten „Zweiten Republik“ 1994 aber weist Italiens Staatshaushalt (anders als in den meisten anderen Ländern Europas) einen positiven Primärsaldo auf, was häufig übersehen wird, d.h. die Ausgaben liegen unter den Einnahmen, lässt man die Zinslast unberücksichtigt.

Außerdem ist zu konstatieren, dass der Finanzierungssaldo Italiens in den letzten 15 Jahren keine signifikanten Unterschiede zu Deutschlands Saldo aufweist. Deutschland verstieß gegen das Maastricht-Kriterium der jährlichen Nettoneuverschuldungsgrenze in Höhe von 3% des BIP seit 1995 fast ebenso häufig wie Italien: Italien 9 mal, Deutschland 7 mal (vgl. Abb. 2 u. 3).

---

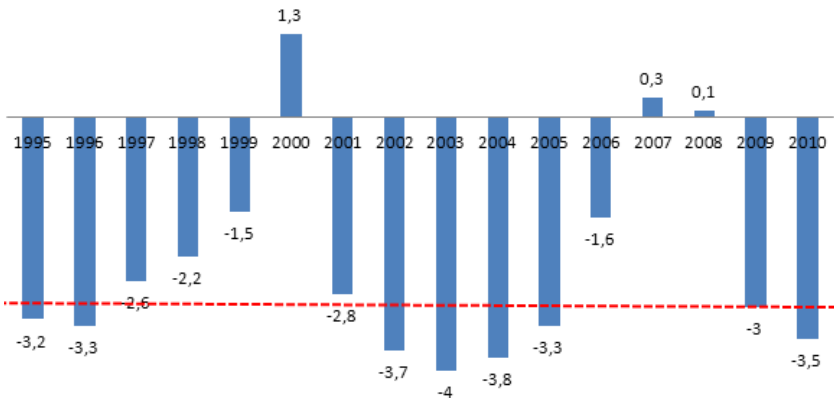
in den beiden letztgenannten Bereichen konnten die Privilegien der Berufsverbände beschnitten werden. Hinzu kommen weitere Reformen zur Entbürokratisierung. Die Neuverschuldung wurde 2007 auf 1,6% des BIP zurückgefahren, so dass der in der Ära Berlusconi über Jahre gebrochene Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt erstmals wieder eingehalten wurde. Bis zum Jahr 2011 hatte Tommaso Padoa-Schioppa als Wirtschafts- und Finanzminister einen ausgeglichenen Haushalt angestrebt.

Abb. 1: Bruttoschuld des Staates (in % des BIP): Deutschland und Italien im Vergleich 1995-2010



Datenquelle: Eurostat, Stand November 2011.

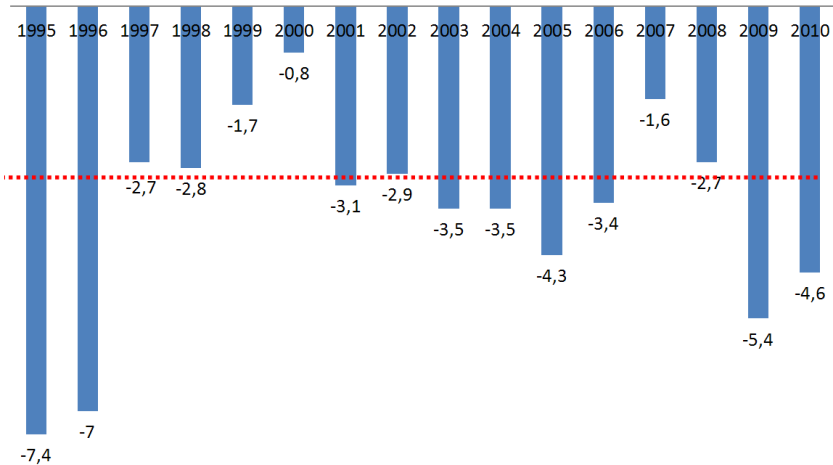
Abb. 2: Finanzierungssaldo des deutschen Staates (1995-2010) in % des Bruttoinlandproduktes



Inklusive UMTS-Erlöse; Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2011): Bruttoinlandsprodukt 2010 für Deutschland, Wiesbaden.



Abb. 3: Finanzierungssaldo des italienischen Staates (1995-2010) in % des Bruttoinlandproduktes



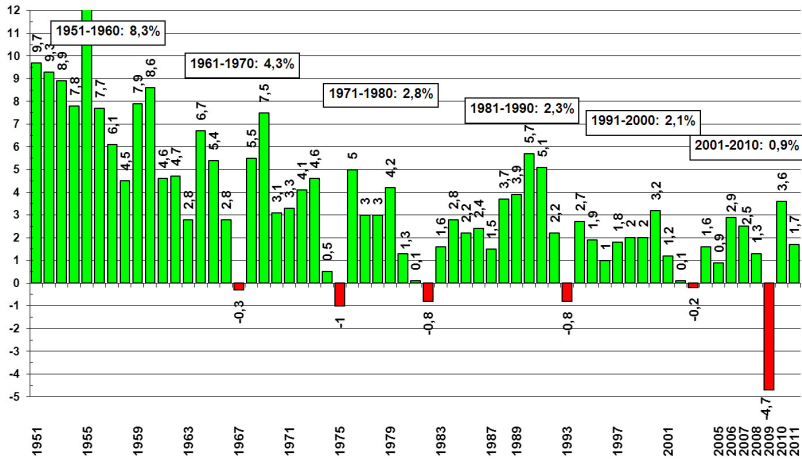
Datenquelle: Eurostat, Stand November 2011.

Obwohl unstrittig ist, dass die strukturelle Verschuldung Italiens viel zu hoch ist, ist Deutschlands Schuldenstandsquote jedoch im Vergleich zuletzt sehr viel stärker angestiegen, nämlich von 59,7% im Jahr 1997 auf 83,2% im Jahr 2010 (vgl. Abb. 1). Allerdings ist dies, wie im italienischen Fall auch, in erster Linie auf die Wirtschaftskrise 2009 zurückzuführen.

Bezieht man in die vergleichende Betrachtung auch die verdeckten Staatsschulden in Form von Ansprüchen an das Renten- und Gesundheitssystem mit ein, tritt sogar ein ganz anderes Ergebnis zutage. Im Vergleich zu Deutschland, das entsprechende Verbindlichkeiten in Höhe von 109,4% des BIP aufweist, belaufen sich diese „impliziten Schulden“ in Italien nämlich lediglich auf 27,6% des BIP. Explizite und implizite Schulden zusammengenommen, liegt Italien in Europa deutlich besser als alle anderen EU-Staaten; Deutschland liegt bei einer solchen Betrachtung hinter Italien auf Rang 2 (Welt online vom 07.12.2011).

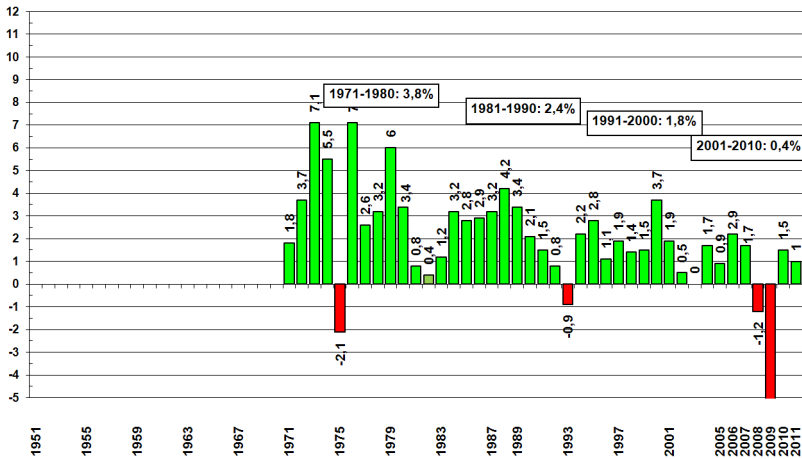
Auch die relativ niedrigen Wachstumsraten Italiens begründen die Reaktion der Märkte keineswegs. Im Vergleich mit Deutschland, das zurzeit immer geringere Zinsen für seine Staatsanleihen zahlen muss (Anfang November 2011 mussten sechsmontatige Anleihen lediglich mit 0,08% verzinst werden), ist das langfristige durchschnittliche Wachstum beider Länder überraschend ähnlich (vgl. Abb. 4 u. 5).

Abb. 4: Wirtschaftswachstum Deutschlands 1951-2011 (BIP real, jährliche Entwicklung in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt (ab 1992 Gesamtdeutschland, 1961-1991 Westdeutschland, 1951-1960 ohne Saarland u. Berlin, für 2011 1. Halbjahr).

Abb. 5: Wirtschaftswachstum Italiens 1971-2011 (BIP real, jährliche Entwicklung in %)

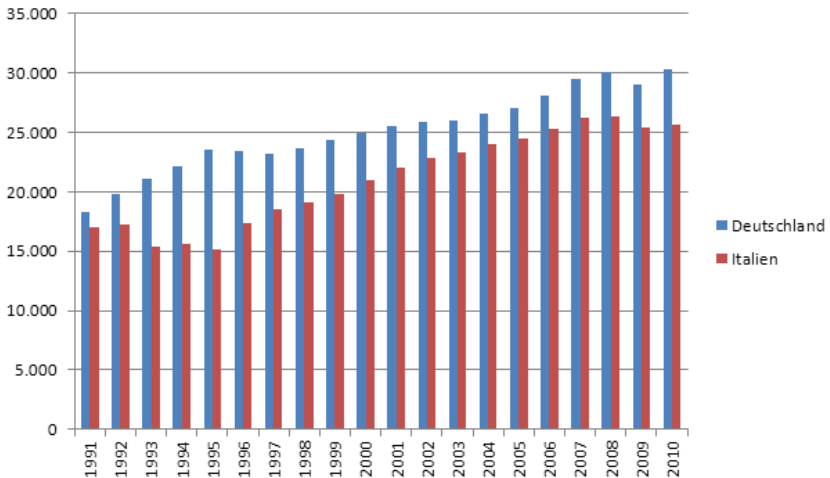


Datenquelle: Eurostat, Stand November 2011.

Während die italienische Wirtschaft in den 1990er Jahren um durchschnittlich 1,8% wuchs, waren es im selben Zeitraum in Deutschland lediglich 0,3% mehr, nämlich 2,1%. In den 2000er Jahren stand ein mittleres Wachstum von 0,9% in Deutschland einem durchschnittlichen Wachstum von 0,4% in Italien gegenüber, wobei beide Länder 2009 in ähnlichem Ausmaß von der Wirtschaftskrise betroffen waren (Rückgang des BIP in Deutschland um 4,7%, in Italien um 5,0%). Die Differenz beim BIP pro Kopf zwischen Italien und Deutschland weist im Zeitverlauf ebenfalls keine Brüche auf, die Abstände sind annähernd gleich geblieben (vgl. Abb. 6).

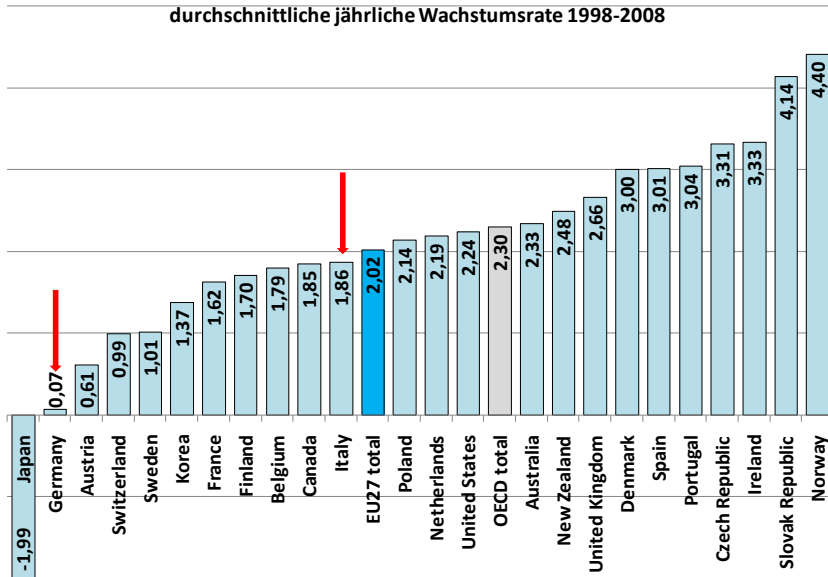
Die Entwicklung der Lohnstückkosten beider Länder lag im Zeitraum 1998-2008 unter dem EU-Durchschnitt (vgl. Abb. 7), was als Indikator für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit gelten kann, wobei Deutschland einen noch deutlich geringeren Anstieg zu verzeichnen hat, der allerdings durch sinkende Reallöhne und mithin eine Schwächung der Binnennachfrage erkaufte wurde (jährlicher Anstieg der Lohnstückkosten: IT: 1,86%, DE: 0,07%, EU-27: 2,02%, OECD: 2,30% (OECD 2010)).

Abb. 6: Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 1991 bis 2010 (in Euro je Einwohner)



Datenquelle: Eurostat, Stand November 2011.

Abb. 7: Entwicklung der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich (in %)

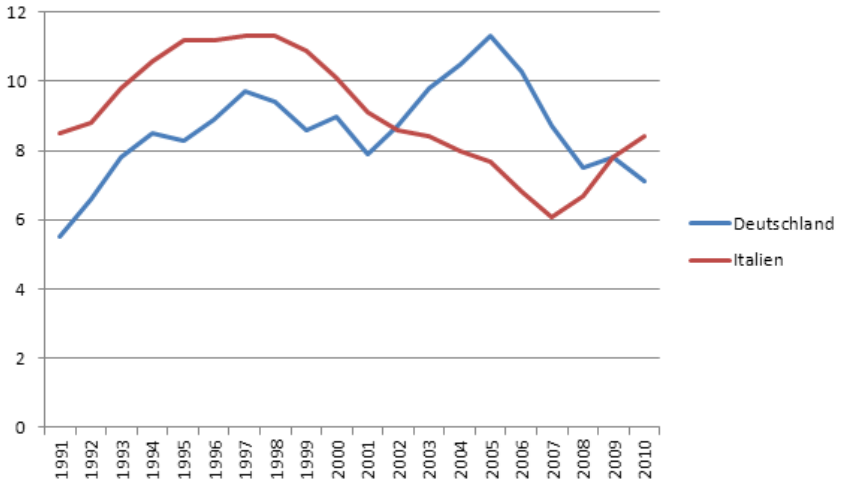


Quelle: OECD Factbook 2010: Economic, environmental and social statistics, Paris.

Die vergleichende Betrachtung der Arbeitslosenquoten im Zeitraum 1992-2010 (vgl. Abb. 8) fördert zu Tage, dass bis zur Krise 2009 Italien sogar über viele Jahre hinweg eine geringere Arbeitslosenquote als Deutschland hatte (bei gleichermaßen gravierenden regionalen Unterschieden: Italien: Nord-Süd, Deutschland: Ost-West). Zurzeit liegt die Arbeitslosenquote mit 8,1% klar unter dem EU-Durchschnitt von 10,0%.

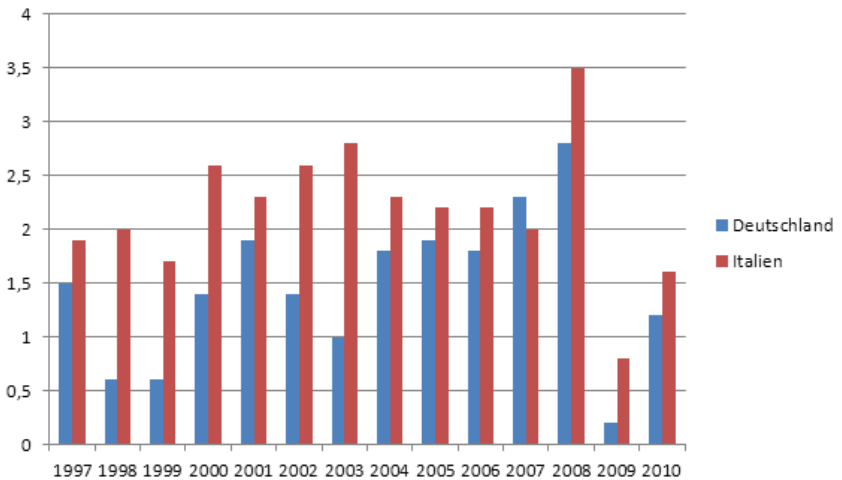
Die Inflationsraten Italiens liegen seit dem Jahr 2004 nur knapp über der von der EZB angestrebten 2%-Marke, mit der Ausnahme des Jahres 2008, in dem auch Deutschlands Inflation sich beschleunigte (vgl. Abb. 9). 2009 und 2010 lag die Inflationsrate sogar deutlich unter 2%.

Abb. 8: Arbeitslosenquoten in Deutschland und Italien im Vergleich (1992-2010)



Datenquelle: Eurostat, Stand November 2011.

Abb. 9: Inflationsraten Deutschlands und Italiens im Vergleich (1997-2010)



Datenquelle: Eurostat, Stand November 2011.

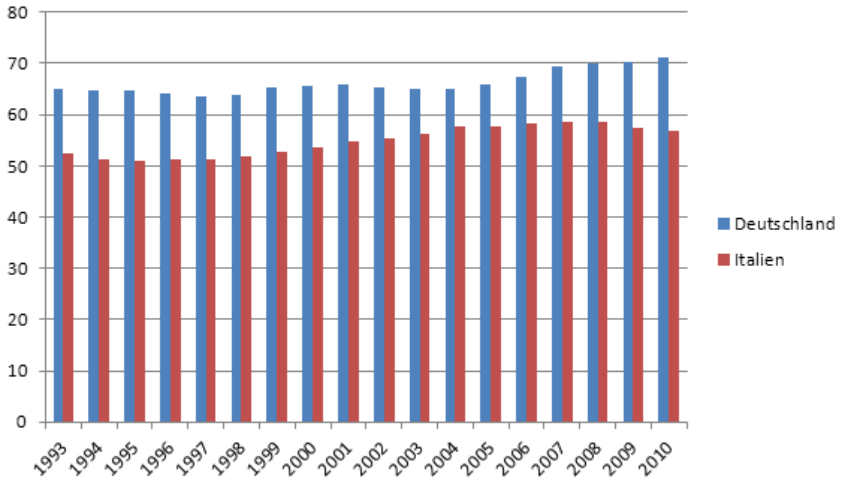
Insgesamt geben die makroökonomischen Zahlen, nüchtern betrachtet, also keinen Anlass für die derzeitige Überreaktion der Finanzmärkte, sondern können vielmehr als Indiz für die Macht ökonomischer Eliten im Sinne Crouchs gewertet werden.

Um es klar zu sagen: Es geht hier nicht darum, die Probleme Italiens zu bagatellisieren. Gerade die hohe Jugendarbeitslosigkeit (Alter 15-24 Jahre) auf dem Stiefel ist besorgniserregend (durchschnittlich 29,4%, in manchen Regionen Süditaliens bis zu 50%) und auch die Beschäftigungsquote ist weiterhin viel zu niedrig: IT: 56,9%, DE: 71,1% (vgl. Abb. 10). Insbesondere die Beschäftigungsquote von Frauen ist eine der niedrigsten in Europa: Während sie in Deutschland bei 66,1% liegt, beträgt sie in Italien lediglich 46,1%.<sup>4</sup> Dabei böte eine Steigerung der Erwerbstätigenquote erhebliches Wachstumspotential; insofern ist die Mahnung des neuen italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti, diese Ressourcen nicht ungenutzt zu lassen, absolut gerechtfertigt. Zudem ist die Infrastruktur gemessen am wirtschaftlichen Entwicklungsgrad und dem ökonomischen Potential Italiens massiv verbesserungsbedürftig. Der Gesundheitssektor, der Bereich der Informationstechnologie und viele andere Politikfelder sind ebenfalls modernisierungsbedürftig. Die ohnehin im europäischen Maßstab hohe gesellschaftliche Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen ist im Vergleich zu den 1980er und 1990er Jahren deutlich angewachsen und schädlich für die nötige Binnennachfrage. Auch hierbei zeigen sich für Italien und Deutschland durchaus ähnliche Tendenzen (vgl. Abb. 11 u. 12), wobei die Einkommensungleichheit in Italien nochmals höher liegt als in Deutschland. Italien liegt hierbei inzwischen nur noch knapp hinter den USA und Großbritannien und gehört damit zu den Industriestaaten mit der größten Ungleichheit (OECD 2011a).

---

4 Dies wird etwas durch den Umstand relativiert, dass 45% der Frauen in Deutschland in Teilzeit arbeiten, wohingegen es in Italien nur 29% sind (Eurostat).

Abb. 10: Beschäftigungsquoten (15-64 Jahre) Deutschlands und Italiens im Vergleich (1993-2010)



Datenquelle: Eurostat, Stand: November 2011.

Abb. 11: Ungleichheit in Deutschland und Italien stark erhöht: Seit 1985 änderte sich die Ungleichheit (Gini-Koeffizient) der ...

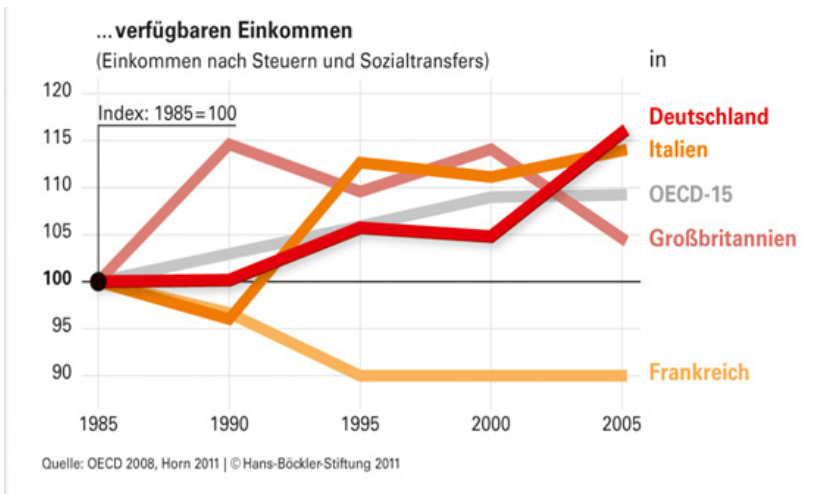
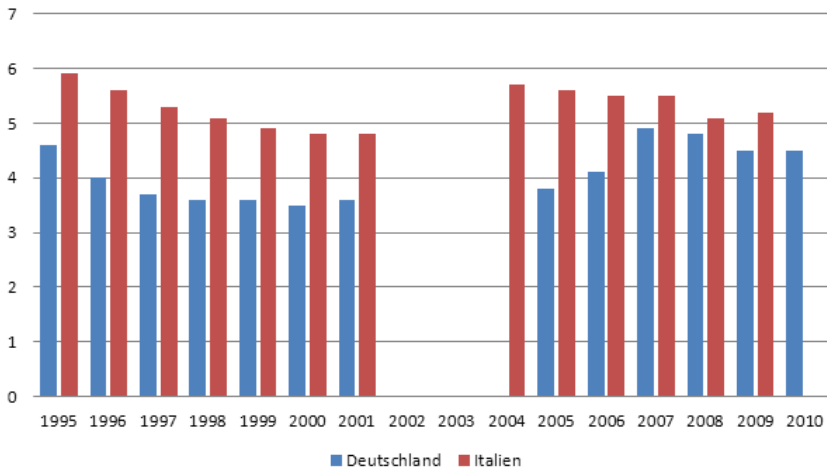


Abb. 12: Ungleichheit der Einkommensverteilung in Deutschland und Italien



*Datenquelle:* Eurostat, Stand November 2011. *Erläuterung:* Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen zum Gesamteinkommen von den 20% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen; für 2002 und 2003 keine Daten verfügbar, für 2010 für Italien nicht verfügbar.

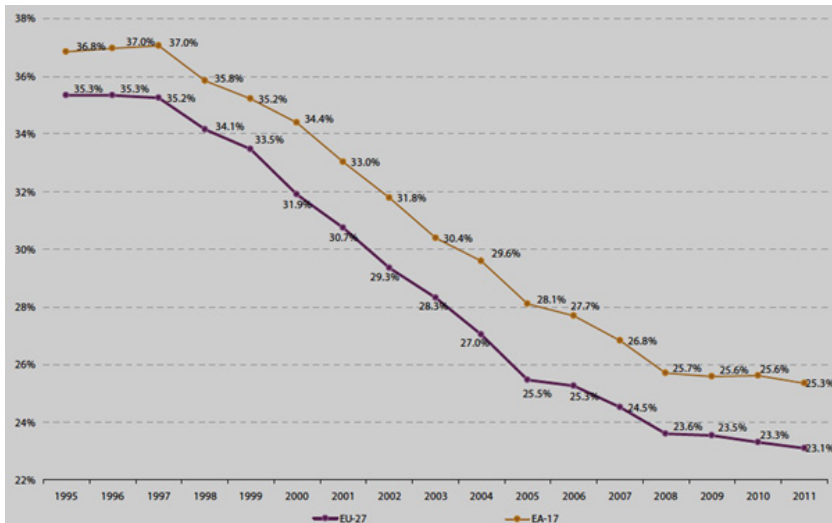
Vor dem Hintergrund der genannten infrastrukturellen Defizite und des im Vergleich zu Deutschland wesentlich schwächer ausgebauten Sozialstaats, wäre eine Austeritätspolitik, wie man sie derzeit seitens der EU und des IWFs Griechenland aufbürdet, äußerst riskant. Während Deutschland, Frankreich, Großbritannien und andere in der Krise de facto keynesianisch inspirierte, defizitfinanzierte antizyklische Fiskalpolitiken betrieben und mit ihren Rettungsaktionen zugunsten der Banken die eigene Staatsverschuldung massiv nach oben getrieben haben, nachdem über viele Jahre hinweg bereits eine Steuersenkungspolitik für Unternehmen bzw. generell für Kapitaleinkommen praktiziert worden war<sup>5</sup>, die ebenfalls zu enormen Einnahmeausfällen des

5 So wurde in Italien nicht nur die Körperschaftssteuer (IRES) stark gesenkt, sondern auch die Erbschaftssteuer; von der Regierung Berlusconi wurde letztere, ebenso wie die Schenkungssteuer, zeitweise sogar ganz abgeschafft (vgl. FN 3). Gewinne auf Kapitalerträge wurden ebenfalls deutlich geringer besteuert (zwischen 12,5% u. 27%), inzwischen gilt hierfür eine Flat Tax von 20%. Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften wurden teilweise ganz von Steuern freigestellt. Die Steuer auf Immobiliengewinne (INVIM) ist 2002 ganz entfallen. Die Einkommensteuer (IRPEF) wurde seit 2003 von einer ursprünglich stark progressiven Ausgestaltung hin zu einem mehrfach geänderten Stufensystem entwickelt, bei einem gesenkten Spitzensteuersatz von 43%.



Staates führte und weiterhin führt (vgl. Abb. 13)<sup>6</sup> – wobei Deutschland und Italien zu denjenigen Staaten zählen, die z.B. die Körperschaftssteuer am stärksten gesenkt haben (vgl. Abb. 14) –, verordnet man den südeuropäischen Staaten nun neoliberale Rosskuren mit den immer gleichen Rezepten: massive Kürzung öffentlicher Ausgaben, Privatisierungen, Deregulierung der Arbeitsmärkte etc.

Abb. 13: Entwicklung nominaler Steuersätze der Körperschaftssteuer 1995-2011 (EU 27 und Eurozone, Durchschnitt in %)



Quelle: Eurostat: Taxation Trends in the EU 2011, S. 62.

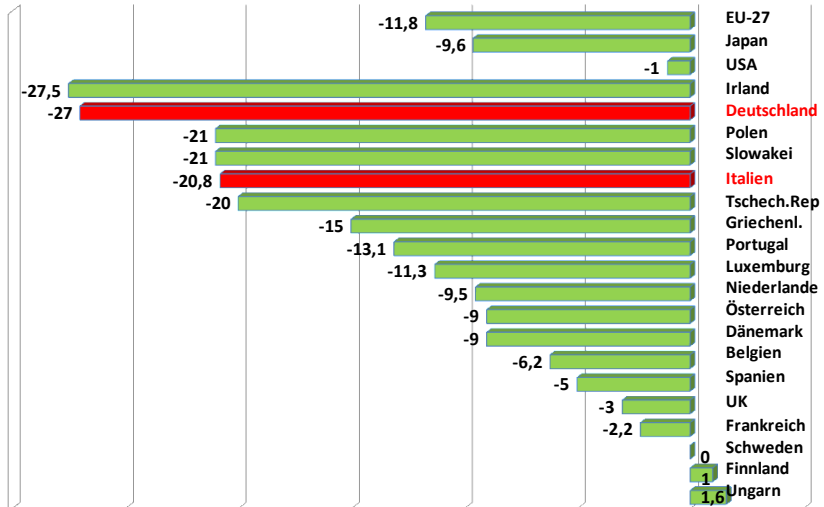
Gerade angesichts der deflatorischen Gefahren und der im Vergleich hohen Armutsrisikoquoten in Italien (vgl. Abb. 15 u. 16), wäre eine solche Politik überaus problematisch. Nochmals zur Erinnerung: Es war gerade nicht Sparpolitik, die Deutschland aus der Rezession geführt hat, sondern es waren neben anderen Faktoren die Konjunkturprogramme und weitere defizitfinanzierte Maßnahmen des Bundes und der Länder bzw. der Bundesagentur für Arbeit, etwa in Form der Kurzarbeitergeldregelungen.

Kurzum: Die derzeit von den Märkten dem deutschen Staat in Gestalt von Rekord-Niedrigzinsen attestierte Stabilitätskultur ist ebenso Chimäre

<sup>6</sup> Im Jahr 2009 betrug das Aufkommen aus Steuern auf Kapitalerträge in der gesamten EU lediglich 24,6%, nachdem es im Jahr 2000 noch 25% gewesen waren (Eurostat 2011).

wie die Sanktionierung Italiens durch Rekordaufschläge bei den Zinsen für Staatsanleihen: im November 2011 über 7% für 10-jährige Anleihen Italiens und lediglich 1,98% für entsprechende Anleihen Deutschlands.<sup>7</sup>

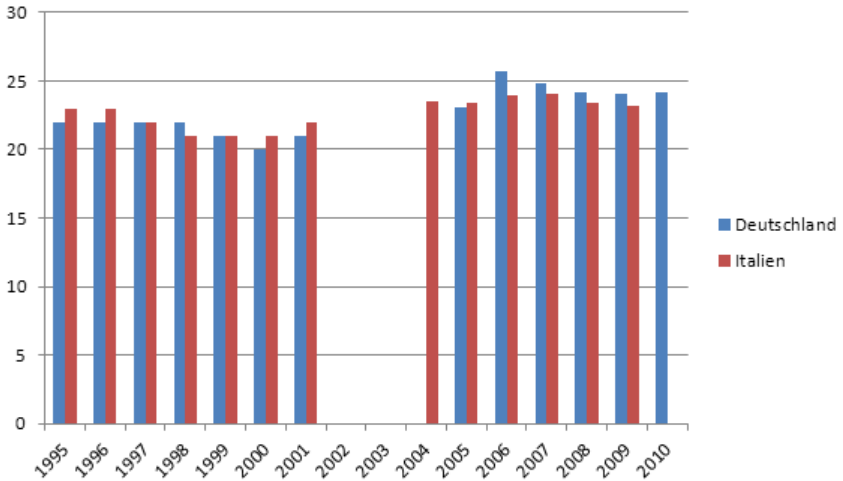
Abb. 14: Veränderung nominaler Körperschaftsteuersätze 1995-2009



Datenquelle: Eurostat (2009): Taxation trends in the European Union, S. 104f.

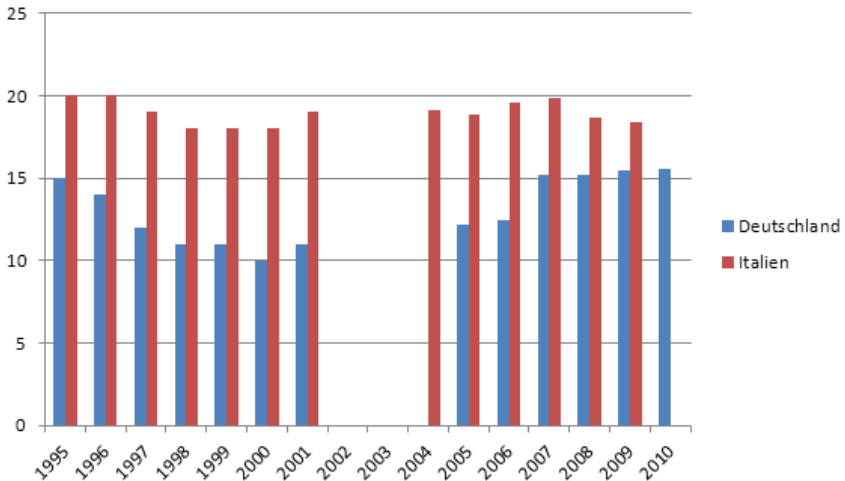
<sup>7</sup> Dabei gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass Italien in früheren Zeiten noch weit höhere Zinsen zu zahlen hatte und trotzdem allenfalls geringe Refinanzierungsprobleme hatte, was abermals die derzeitige Überreaktion der Finanzwirtschaft verdeutlicht. So beliefen sich die Risikoaufschläge für langfristige italienische Staatsanleihen z.B. 1995 auf 12,21% bzw. 1996 auf 9,40% und sogar noch im Jahr vor dem Beitritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, 1997, auf 6,86%.

Abb. 15: Armutsgefährdungsquoten vor Sozialleistungen (in %) in Deutschland und Italien



Datenquelle: Eurostat, Stand November 2011; für 2002 und 2003 keine Daten verfügbar, für 2010 für Italien nicht verfügbar.

Abb. 16: Armutsgefährdungsquoten nach Sozialleistungen (in %) in Deutschland und Italien

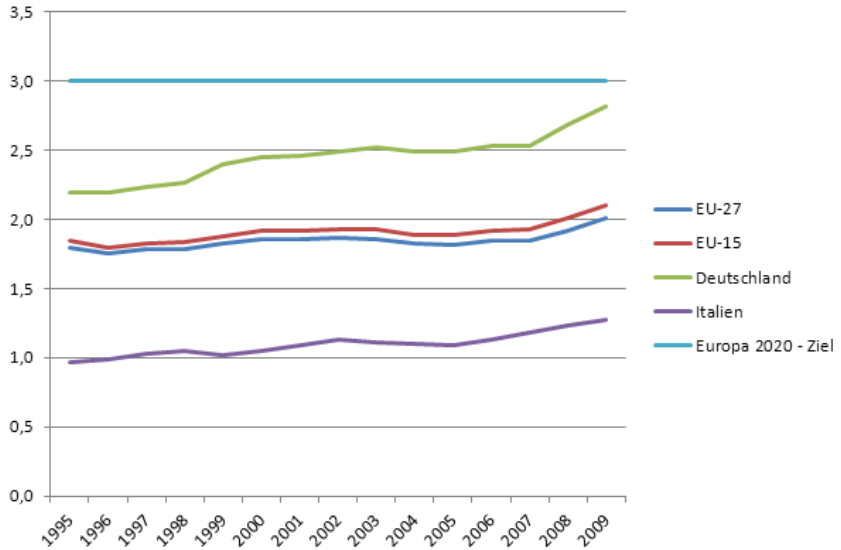


Datenquelle: Eurostat, Stand November 2011; für 2002 und 2003 keine Daten verfügbar, für 2010 für Italien nicht verfügbar.

Vielmehr sind in Italien verstärkt Investitionsprogramme notwendig, die dem Land das Herauswachsen aus der Schuldenfalle ermöglichen. Das Potenzial dazu hat Italien. Dringend erforderlich ist z.B. eine Erhöhung der öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung, denn hier zeigen sich massive Rückstände Italiens; allerdings erreicht auch Deutschland die Ziele der EU, wie sie in der Lissabon-Strategie 2000 und der Europa 2020-Strategie festgelegt sind, noch immer nicht (vgl. Abb. 17). Ebenso hat Italien (wie auch Deutschland) enormen Nachholbedarf an Investitionen im gesamten Bildungssektor, wie die Daten von Eurostat im Vergleich zur EU der 27 Mitgliedstaaten deutlich machen (vgl. Abb. 18). All das kostet Geld und ist letztlich neben vielen anderen Maßnahmen nur durch Änderungen in der Steuerpolitik zu erreichen. Dies ist auch deshalb notwendig, weil ein „(...) wachsendes Geldvermögen in den Händen Weniger, die Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten und die Verbesserung der Gewinnchancen durch die institutionellen Kapitalanleger (...) eine der Bedingungen [waren], die zur (...) Krise geführt haben“ (Eißel 2009: 48). Schlimmer noch: „Auch die aktuelle staatliche Finanzierungskrise einiger EWU-Länder ist darauf zurückzuführen. Eine ungleiche Verteilung von Wertschöpfungen in und zwischen Staaten muss letztlich zu schwerwiegenden Ungleichgewichten führen. Diese entladen sich in Krisen. Immer mehr akkumuliertes und konzentriertes Vermögen benötigt als Gegenpart immer mehr Schuldner, die es am Ende aber nur als ‚drittklassige‘ Schuldner gibt.“ (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2011)

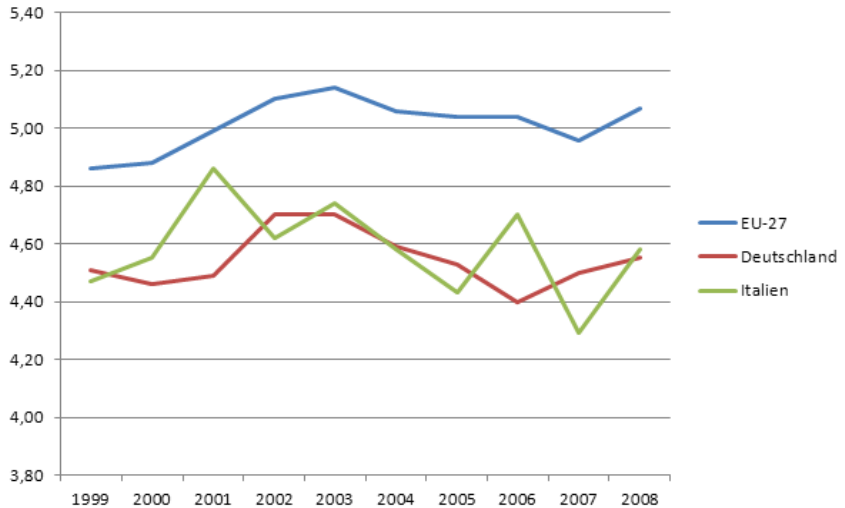
Colin Crouch fragt am Ende seiner Abhandlung zur sog. „Postdemokratie“, wie sich verhindern lässt, „(...) daß das Ausmaß der sozialen Ungleichheit innerhalb und zwischen Ländern noch größer wird“ (Crouch 2008: 157) und macht darauf aufmerksam, dass öffentlicher Massenprotest unverzichtbar sei. Obwohl Crouch auch an anderer Stelle seines Buches die Zunahme an Ungleichheit in westlichen Demokratien in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten kritisiert und ein stärkeres Selbstbewusstsein des öffentlichen Sektors und der Politik im Sinne des Gemeinwohls anmahnt, werden weder Verteilungsschief lagen näher erörtert noch dabei die Fiskalpolitik als Steuerungsinstrument des unter Druck geratenen Nationalstaats weiter in den Blick genommen.

Abb. 17: Investitionen in Forschung und Entwicklung in % des BIP



Datenquelle: Eurostat, Stand November 2011.

Abb. 18: Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung in % des BIP (alle Bildungsbereiche)



Datenquelle: Eurostat, Stand November 2011.

Dabei hat Crouch Recht, wenn er Maßnahmen auf nationaler Ebene annahmt, insbesondere dann, wenn europäische Lösungen nicht durchsetzbar sein sollten, wie z.B. im Falle der Finanztransaktionssteuer<sup>8</sup> bzw. einer Finanzaktivitätssteuer. Wenn Crouchs Analysen zutreffen: „Ich habe in diesem Buch zu zeigen versucht, daß die wichtigste Ursache für den Niedergang der Demokratie heute in dem Ungleichgewicht zwischen der Rolle der Interessen der Unternehmen und denen aller übrigen Gruppen der Gesellschaft besteht“ (Crouch 2008: 135), dann besteht ein erheblicher Bedarf an fiskalpolitischer Umsteuerung und gesellschaftlicher Umverteilung von oben nach unten. Diesen Bereich als Domäne staatlicher und ggf. europäischer Souveränität selbstbewusst wieder- bzw. neu zu entdecken, ist eine der dringlichsten Aufgaben dieser Tage. Hierzu müssen die nationalen und europäischen Institutionen gestärkt werden und an Autorität zurückgewinnen, wozu wiederum entsprechende Reformen unerlässlich sind.

Selbst die OECD plädiert inzwischen für redistributive fiskalische Maßnahmen, um die immensen Verteilungsschiefen zu korrigieren. OECD-Generalsekretär Angel Gurría konstatierte aufgrund des Befundes einer Anfang Dezember 2011 veröffentlichten OECD-Studie (OECD 2011a), wonach in den OECD-Staaten eine massive Zunahme sozialer Ungleichheit seit den 1980er Jahren zu verzeichnen ist: *„Sustained inequality inhibits growth and social cohesion. (...) Without a comprehensive strategy for inclusive growth, inequality will continue to rise. There is nothing inevitable about high and growing inequalities. Our policies have created a system that makes them grow and it's time to change these policies. (...) Income redistribution should be at the core of responsible governance.“* (Gurría 2011) Dementsprechend werden u.a. eine stärker progressive Ausgestaltung der Einkommensteuer, die Abschaffung von Steuervergünstigungen für Besserverdienende, die Ausweitung von Steuern auf Vermögen sowie die Bekämpfung von Steuerhinterziehung vorgeschlagen. Zugleich wird betont, wie wichtig es sei, staatliche Transferzahlungen aufrecht zu erhalten, um die krisenbedingten Kaufkraftverluste unterer Einkommensbezieher auszugleichen.

Allerdings gilt es, sich für den italienischen Fall Folgendes zu vergegenwärtigen: „Dies ist eine ‚Regierung der Eliten‘: Universitätsrektoren, Banker, Juristen, Präfekten und Professoren. Man muss sich fragen, ob dieser personelle Zuschnitt aus besten Eliten unserer Nation in der Lage sein wird, auch dem ‚normalen Bürger‘ Stimme zu verleihen und ihn vertreten wird.“ (Massimo Giannini, La Repubblica online, 17.11.2011). Insofern wird dieses

---

8 Im Gespräch sind äußerst niedrige Sätze von 0,01 bis 0,25%. In Deutschland wird ein Steuersatz von 0,05% diskutiert, was bis zu 36 Mrd. Euro Mehreinnahmen bringen könnte.

italienische „Experiment“ aufschlussreich sein hinsichtlich der Frage nach der Rolle solcher Eliten im „postdemokratischen Zeitalter“.

Tatsächlich macht das Anfang Dezember 2011 von der neuen italienischen Regierung beschlossene Sparpaket wenig Hoffnung auf einen Politikwechsel im oben beschriebenen Sinne redistributiver Politik. Es handelt sich beim mittlerweile fünften Maßnahmenpaket des Jahres 2011 zur Bekämpfung der Finanzkrise insgesamt betrachtet um ein klassisches Sparprogramm. Das Volumen beträgt diesmal rund 21 Mrd. Euro jährlich (2012-2014), wovon der Löwenanteil aus Steuererhöhungen sowie aus der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters (auf 66 Jahre) und dem Wegfall des Inflationsausgleichs bei den Renten (über 935 Euro) sowie Sonderbeiträgen (über 2000 Euro Rente monatlich) herrührt. Rund 10 Mrd. Euro sollen zusätzlich in den investiven Bereich fließen, was völlig unzureichend ist, wobei die Maßnahmen als solche durchaus positiv zu bewerten sind, da sie (durch entsprechende Änderungen an der regionalen Wertschöpfungssteuer/IRAP) der Förderung kleiner und mittlerer Betriebe sowie der Beschäftigungsförderung von Jugendlichen und Frauen dienen.<sup>9</sup>

Niedrigere Steuern auf Arbeit und Produktion durch höhere Verbrauchssteuern (u.a. bei der Mineralölsteuer) und vor allem durch eine weitere Anhebung der Mehrwertsteuer (von 21% auf 23,5%; ermäßigter Satz von 10% auf 12%) aufzufangen, wie vom Kabinett Monti beschlossen, wird regressiv wirken, d.h. gerade untere Einkommensbezieher stärker treffen und die Binnennachfrage schwächen, zumal die Lebenshaltungskosten in Italien ohnehin bereits hoch sind, die Löhne im europäischen Vergleich dagegen niedrig. In den letzten 10 Jahren sank die Kaufkraft bereits um 4%. Montis Sparpaket bedeutet für eine Durchschnittsfamilie eine erneute Mehrbelastung von 830 Euro jährlich. Nimmt man alle Sparpakete des Jahres 2011 zusammen, dann beträgt die durchschnittliche jährliche Mehrbelastung pro Haushalt 2.066 Euro. Dabei werden jedoch untere Einkommensbezieher prozentual wesentlich stärker belastet (CGIA 2011b).

Die Reform der kommunalen Grundsteuer ICI (die zukünftig „*Imposta municipale unica/IMU*“ heißen soll), in Bezug auf das erste Eigenheim von Berlusconi 2008 als Wahlkampfgeschenk vollständig abgeschafft, nachdem die Regierung Prodi sie bereits zuvor gesenkt hatte, ist dabei allerdings zweckmäßig, die angekündigten Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung (u.a. Forcierung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs) sind

---

<sup>9</sup> Allerdings zeigen erste Berechnungen, dass größere Unternehmen im Norden Italiens stärker davon profitieren werden als kleine Unternehmen in Süditalien (CGIA Mestre 2011a).

sogar äußerst begrüßenswert, denn die diesbezüglichen Einnahmeverluste werden auf etwa 17,5% des BIP bzw. 275 Mrd. Euro jährlich geschätzt.

Es bleibt abzuwarten, was sich vielleicht noch hinter der Ankündigung Montis verbirgt, den „angehäuftten Reichtum einer Überprüfung unterziehen“ zu wollen. Die seit langem diskutierte Einführung einer Vermögensteuer wäre gerade in Italien eine geeignete Maßnahme, denn in Relation zum verfügbaren Einkommen hat das Land die höchsten Vermögensbestände unter den G7-Staaten, bei zugleich geringster Verschuldung der privaten Haushalte. Die von der Regierung Berlusconi zuletzt beschlossene „Reichensteuer“, in Gestalt eines um 3% höheren Steuersatzes auf Einkommen über 300.000 Euro, welche lediglich 34.000 Haushalte trifft (d.h. 0,075% aller Steuerzahler) und weniger als 50 Mio. Euro jährlich einbringen wird, war vollkommen unzureichend. Doch auch die nun vom Kabinett Monti beschlossene Luxussteuer auf Yachten, private Flugzeuge und hoch motorisierte Kfz sowie die neue Steuer in Höhe von zunächst 0,1% (ab 2013 dann 0,15%) auf Kapitalanlagen (bewertet zu Marktpreisen, Deckelung der zu zahlenden Steuer bei 1.200 Euro), all das kommt nur wenig über Symbolpolitik hinaus. Dies gilt auch für die geplanten Steuern auf Auslandsimmobilien von Italienern in Höhe von 0,76%, mit einem erwarteten Ertrag von jährlich 98,4 Millionen Euro und die Steuer auf Finanzgeschäfte im Ausland in Höhe von 0,1% (ab 2013: 0,15%), mit erwarteten Einnahmen von jährlich 8,9 bis 13,4 Millionen Euro.

Dabei beträgt das Nettovermögen Italiens 8,7 Billionen Euro, was 340.000 Euro pro Haushalt entspricht (Morgan Stanley 2011). Damit liegt Italien noch vor Deutschland, wo jeder private Haushalt durchschnittlich über ein Vermögen von ca. 187.000 Euro verfügt (insgesamt: 9,7 Billionen). Gerade der Umstand, dass die Ungleichverteilung bei den Vermögen nochmals deutlich größer als bei den Einkommen ist, spricht für Substanzsteuern. Dementsprechend wäre neben einer tatsächlichen Vermögenssteuer eine Wiederanhebung der Erbschaftssteuer, die bis 1991 noch bis zu 20% betragen hatte und inzwischen nur noch zwischen 4% u. 8% liegt, zu erwägen. Auf der anderen Seite ist der Faktor Arbeit übermäßig belastet: Die Steuern auf Einkommen aus Arbeit liegen in Italien (wie übrigens in Deutschland auch) etwa 10% über dem OECD-Durchschnitt (OECD 2011b). Schließlich ist eine wieder stärker progressiv ausgestaltete Einkommensteuernpolitik (Italien hat seit dem Jahr 2003 ein Stufensystem) geboten, bei entsprechender Anhebung des Spitzensteuersatzes<sup>10</sup>.

---

10 Hierzu macht die italienische Verfassung vergleichsweise konkrete Vorgaben, denn in Art. 53 heißt es: „Jedermann ist verpflichtet, entsprechend seiner Steuerkraft zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben beizutragen. Das Steuersystem richtet sich nach den Grundsätzen der Progression.“



Selbst wenn die Regierung Monti eine Redistributionspolitik ökonomisch für wenig geeignet halten sollte, wird sie aus politischen Gründen, d.h. um die Gewerkschaften und weite Teile der Gesellschaft für sich und ihren Sparkurs zu gewinnen, um die ein oder andere Maßnahme dieser Art nicht umhin kommen. Am 12. Dezember 2011 schritten die Gewerkschaften bereits zum ersten Generalstreik gegen das Sparpaket der neuen Regierung. Zugleich reagieren „die Märkte“ auf die italienische Austeritätspolitik bislang jedoch nicht im erhofften Maße positiv. Im Gegenteil: Mitte Dezember 2011 musste Italien für fünfjährige Staatsanleihen neuerlich Risikoaufschläge auf Rekordniveau zahlen. Die Maßnahmen entfalten derzeit offenkundig kaum Wirkung, und so zeichnet sich eine nicht nur unter ökonomischen, sondern auch unter demokratischen Aspekten äußerst problematische Fortsetzung börsengetriebener Politik ab.

Auch die u.a. von der *Confindustria* seit langem geforderte Privatisierung kommunaler Unternehmen bzw. die Veräußerung entsprechender Beteiligungen wäre kritisch zu betrachten, denn dies gehört zu den nicht nur von Colin Crouch für besonders problematisch erklärten Phänomenen der Postdemokratie: die Kommerzialisierung bzw. Erosion öffentlicher Leistungen und damit einhergehend die Verringerung öffentlicher Handlungsfähigkeit (Crouch 2008: 101-132). Angesichts ihres Beitrags zur Daseinsvorsorge, ist die lokale Ebene von besonderer Relevanz. Crouch sieht damit einhergehend weitere Gefahren: „Je mehr Aufgaben man privatisiert und je stärker sich der öffentliche Dienst – insbesondere auf kommunaler Ebene – der Marktlogik unterwerfen muß, desto größer ist die Notwendigkeit, eine zentralistische Demokratie nach jakobinischem Modell zu installieren, in dem es im Verhältnis von Regierung und Bürgern keine vermittelnden Ebenen des politischen Handelns gibt.“ (Crouch 2008: 128f.).

Dabei macht Crouch insbesondere auf der lokalen und regionalen Ebene Chancen für gegenläufige Bewegungen aus, gerade weil jenseits der Parteien Aktivisten auf diesen Ebenen eine starke Rolle spielen können und die Problemnähe zu den Bürgerinnen und Bürgern Aktivierungspotentiale schafft. Mehr noch: „Da die Beteiligung an der formalen Politik auf dieser Ebene (...) in der Regel unkomplizierter ist und wesentlich leichter gestärkt werden kann, sollte man im Sinne der wahrhaften Demokratie die Bedeutung der kommunalen und regionalen Politik stärken, Aufgaben dezentralisieren und den Bereich der staatlichen Leistungen, den die kommunalen Behörden verantworten, ausweiten“ (Crouch 2008: 145).

Angesichts der akuten, erneuten Krise des Parteiensystems und der politischen „Kaste“ Italiens (Rizzo/Stella 2007), die einhergeht mit der

Finanzkrise, ist dies ein unverzichtbarer Ansatz. Die öffentlichen Institutionen Italiens müssen dringend und rasch reformiert werden. In den Berlusconi-Jahren wurden hier jedoch Fortschritte verabsäumt. Die zur Verbesserung der Qualität der italienischen Demokratie in der zweiten Hälfte der 1990er begonnene Dezentralisierungs- und Föderalisierungspolitik mittels einfachgesetzlicher Regelungen (etwa der sogenannte Verwaltungsföderalismus durch die Bassanini-Reformen) wie auch die entsprechenden Verfassungsreformen (1999 u. 2001), wurden nicht konsequent weiter verfolgt. Im Gegenteil: Die Implementierungsgesetze der Regierung Berlusconi haben die Reichweite der Reformen des Titels V, Teil II der Verfassung stark beschnitten. Eine – trotz manchen Fortschritts – nach wie vor stark zentralistische politische Kultur und Verwaltungspraxis wie auch die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes haben dringend notwendige Erfolge auf dem Weg zu einer demokratischen Erneuerung von unten bislang behindert (Schefold 2007, Vandelli 2010). Auch die politische Linke hat versäumt, das Thema weiter zu verfolgen, nachdem sie es war – und nicht die *Lega Nord* –, die überhaupt föderale Reformen zu Wege brachte. Damit haben die Mitte-Links-Parteien sukzessive wieder ein wichtiges Thema Preis gegeben und es der *Lega Nord* ermöglicht, auch in den traditionellen roten Gürtel mit Wahlerfolgen vorzudringen, wie das Beispiel Emilia-Romagna zeigt, das bislang dagegen immun zu sein schien (Grasse 2012: 799f.). Aufgabe der Parteien, gerade im Mitte-Links-Spektrum, muss es deshalb sein, sich dieses Themas wieder ernsthaft anzunehmen. Dasselbe gilt auch für die Regierung Monti und ihren neuen Minister für „regionale Integration“, Fabrizio Barca. Denn Nord- und Südfrage stellen gleichermaßen Sprengstoff für das gesellschaftliche, ökonomische und politische System Italiens dar (Perulli/Pichierri 2010, Gardini 2010). Die inmitten der italienischen Finanzkrise von Umberto Bossi, Chef der *Lega Nord*, verlautbarten Sezessionsabsichten sind hierfür jüngster Beleg. Eine wirkliche Föderalismusreform könnte, je nach Ausgestaltung, nicht nur wirtschaftliche Dynamik, sondern auch erhebliche Integrationskraft entfalten (Grasse 2005 u. 2010).

Massive Anstrengungen für regionale Wirtschaftsförderpolitik sind notwendig, was bedeutet, dass die Kompetenzen der Regionen ausgebaut werden müssen. Da Italien wie kaum ein anderes Land ökonomisch auf kleinen und mittleren Unternehmen basiert (95% aller italienischen Unternehmen gehören in diese Kategorie) und die Internationalisierung immer stärker desintegrierend in das „dritte Italien“ hineinwirkt, sind gezielte Fördermaßnahmen durch die (regionale) Politik erforderlich. Dezentralisierung und Föderalisierung können einer Konzentration der politischen und

ökonomischen Eliten entgegenwirken. Die Verteilung von Kompetenzen und mithin die Teilung von Souveränität in der Fläche zieht Brandmauern ein und kann dazu beitragen, die politische Klasse in Rom zu kontrollieren bzw. durch neue Kräfte zu diversifizieren und zu erweitern. Politik und Ökonomie müssen neu von unten aufgebaut werden. Angesichts der tatsächlichen territorialen Differenzen, die weit über den Nord-Süd-Dualismus hinausreichen, ist Differenzierung nötiger denn je (Gelli/Grasse 2011). Die vermittelnden Ebenen des politischen Handels zwischen Regierung und Bürgern, die Crouch einfordert, um eine „zentralistische Demokratie nach jakobinischem Modell“ zu verhindern, gibt es in Italien bereits, sie müssen nur konsequent mit Handlungsbefugnissen versehen werden. Dies ist schon deshalb unverzichtbar, weil es zur Entwicklung neuer, eigenständiger Entwicklungskonzepte in den Regionen kaum eine Alternative gibt. Dezentralisierung und Differenzierung ermöglichen Wachstums- und Innovationsimpulse. So könnten beispielsweise entsprechende Forschungsluster, gerade vor dem Hintergrund des bereits angesprochenen notwendigen Ausbaus von Forschung und Entwicklung, ein wichtiges Element regionaler Wirtschaftspolitik sein.

Dabei jedoch gilt es zu bedenken, dass ein Mehr an wirtschaftlicher und fiskalpolitischer Gestaltungsfreiheit in jedem Falle zur Zunahme der regionalen Disparitäten führen wird, so dass automatisch ein größerer interregionaler Umverteilungsprozess notwendig werden wird. Beides gehört also untrennbar zusammen. Wie wir in Deutschland beobachten konnten, hat die schleichende Zentralisierung bzw. Unitarisierung die demokratiestärkende Komponente des Föderalismus ein Stück weit verloren gehen lassen. Umgekehrt stellt sich bei der Entwicklung hin zum sogenannten Konkurrenzföderalismus die Frage, was ein möglicher Demokratiegewinn durch Entflechtung nutzt, wenn ein größeres Maß an gesellschaftlicher Ungleichheit die Folge ist und der territoriale Zusammenhalt in Frage gestellt wird. Die Frage territorialer Selbstbestimmung ist deshalb, so meine These, vor allem auch eine Frage unterschiedlicher Politikfelder: Wirtschaft, Technologie, Arbeitsmarkt und Beschäftigung sprechen für Dezentralisierung, um Entwicklung voranzutreiben. Umwelt, Soziales und Gesundheit aber sprechen für die Beibehaltung zentraler Regelungen in Form von nationalen Mindeststandards, um zu verhindern, dass sich die Länder und Regionen hier gegenseitig unterbieten bzw. die Ungleichheiten zu groß werden. Umso wichtiger ist daher der Konsens über die Notwendigkeit von Verteilung, die Verständigung über das Ausmaß territorialer Redistribution und über die Kriterien, die dabei zugrundegelegt werden. (Grasse 2006)

## Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2011): MEMORANDUM 2011. Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos (*Kurzfassung*); [http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/memorandum\\_2011\\_kurzfassung.pdf](http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/memorandum_2011_kurzfassung.pdf).
- Caciagli, Mario (2004): Italien und Europa: Fortdauer eines Verhältnisses von Zwang und Ansporn, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 35-36, S. 26-31.
- CGIA Mestre (Hg.) (2011a): Con gli sconti Irap ci guadagneranno di più le grandi imprese del Nord (<http://www.cgiamestre.com/2011/12/con-gli-sconti-irap-ci-guadagneranno-di-piu%E2%80%99-le-grandi-imprese-del-nord/>), 07.12.2011.
- CGIA Mestre (Hg.) (2011b): Sorpresa: Il decreto Salva-Italia è lievitato di 3 volte (<http://www.cgiamestre.com/2011/12/sorpresa-il-decreto-%E2%80%99Csalva-italia%E2%80%9D-e-lievitato-di-3-volte/>), 09.12.2011.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Bonn (BpB).
- Eißel, Dieter (2009): Über die Ursachen der Finanzkrise, in: *Spiegel der Forschung*, 26. Jg., No. 1, S. 46-55.
- Eurostat (2011 u. 2010): *Taxation Trends in the EU*, Luxemburg.
- Gardini, Gianluca (2010): Dalla „questione meridionale“ alla „questione settentrionale“: l'amministrazione regionale in cerca di identità, in: *Istituzioni del Federalismo*, No. 1, S. 11-45.
- Gelli, Francesca/Grasse, Alexander (2011): A country on a knife-edge: Italy and its territorial differences, *PIFO/Politische Italien-Forschung, Occasional Papers*, No. 11, Gießen.
- Giannini, Massimo (2011): Il miracolo di mister spread, in: *La Repubblica* (online), 17.11.2011 ([www.repubblica.it](http://www.repubblica.it)).
- Grasse, Alexander (2012): Dissoziativer Föderalismus: Föderalismus in Italien, in: Härtel, Ines (Hg.): *Handbuch Föderalismus. Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt*, Band IV: Föderalismus in Europa und der Welt, Berlin (Springer), S. 781-801.
- Grasse, Alexander (2010): Belgien und Italien: Föderalismus als integrierende Kraft? In: Bundesrat (Hg.): *60 Jahre Bundesrat/Föderalismus-Symposium des Bundesrates am 24. u. 25. Juni 2009: Die Rolle der Regionen im europäischen Einigungsprozess*, Tagungsband, Berlin (Bundesrat), S. 49-64.
- Grasse, Alexander (2006): Territoriale Gerechtigkeit im deutschen Bundesstaat – Reformen im Spagat von Wachstums- und Verteilungsproblemen, in: Grasse, Alexander/Ludwig, Carmen/Dietz, Berthold (Hg.): *Soziale*

- Gerechtigkeit. Reformpolitik am Scheideweg, Wiesbaden (Verlag für Sozialwissenschaften), S. 129-149.
- Grasse, Alexander (2005): Modernisierungsfaktor Region. Subnationale Politik und Föderalisierung in Italien, Wiesbaden (Verlag für Sozialwissenschaften).
- Gurría, Angel (2011): Remarks of the OECD Secretary-General delivered during the press conference organised for the launch of the report “Divided we Stand: Why Inequality Keeps Rising”, Paris, December 5, 2011 ([http://www.oecd.org/document/22/0,3746,en\\_21571361\\_44315115\\_49185046\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/22/0,3746,en_21571361_44315115_49185046_1_1_1_1,00.html)).
- Keynes, John M. (1936): *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London (Macmillan).
- Morgan Stanley (2011) (Hg.): Daniele Antonucci: Italy – The Full Monti, 22.11.2011 (<http://www.morganstanley.com/views/gef/archive/2011/20111122-Tue-print.html>).
- OECD (Hg.) (2011a): *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*, Paris.
- OECD (Hg.) (2011b): *Taxing Wages: Country note for Italy*, November 2011 ([http://www.oecd.org/documentprint/0,3455,en\\_2649\\_34533\\_45143084\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/documentprint/0,3455,en_2649_34533_45143084_1_1_1_1,00.html)).
- OECD (Hg.) (2010): *OECD Factbook 2010: Economic, environmental and social statistics*, Paris.
- Perulli, Paolo/Pichierri, Angelo (Hg.) (2010): *La crisi italiana nel mondo globale. Economia e società del Nord*, Torino (Einaudi).
- Rizzo, Sergio/Stella, Gian Antonio (2007): *La casta. Così i politici italiani sono diventati intoccabili*, Milano (Rizzoli).
- Schefold, Dian (2007): *Verfassungs- und Verwaltungsrecht*, in: Grundmann, S./Zaccaria, A. (Hg.): *Einführung in das italienische Recht*, Frankfurt am Main (Verlag Recht und Wirtschaft), S. 21-107.
- Statistisches Bundesamt (2011): *Bruttoinlandsprodukt 2010 für Deutschland*, Wiesbaden.
- Vandelli, Luciano (2010): *Le problematiche prospettive del regionalismo italiano*, in: *Istituzioni del Federalismo*, No. 1, S. 201-211.
- Welt online, 07.12.2011: *Schulden-Ranking: In dieser Bilanz steht Italien in Europa am besten da* (<http://www.welt.de/wirtschaft/article13756193/In-dieser-Bilanz-steht-Italien-in-Europa-am-besten-da.html>).



## **Zum Autor**

Prof. Dr. rer. soc. habil. Alexander Grasse, Jg. 1968, Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt „Politik und Wirtschaft im Mehrebenensystem“ am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen;

Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Steuerungs- und Modernisierungspolitik, Multi-level Governance und Demokratisierung (insbes. EU, Föderalismus und Regionen), vergleichende Systemanalyse, Italien-Studien;

Lehre und/oder Forschung an den Universitäten Milano Statale, Padova, Bologna, North Carolina State und Athen Panteion; Leiter des deutsch-italienischen Forschungsnetzwerks PIFO (Politische Italien-Forschung; [www.pifo.eu](http://www.pifo.eu)); Clemens Maria Brentano-Preis 2007 in Politikwissenschaft, verliehen vom Deutsch-Italienischen Hochschulinstitut / Ateneo Italo-Tedesco („In Anerkennung herausragender Beiträge auf dem Gebiet der Italienstudien sowie besonderer Verdienste um die Kooperation und kulturelle Verständigung zwischen Italien und Deutschland“).

## **Kontakt**

Justus-Liebig-Universität Gießen

Institut für Politikwissenschaft

Karl-Glöckner Str. 21 E

35394 Gießen

Tel. 0641-99-23090 (23091-Sekr.)

Fax 0641-99-23099

E-Mail: [alexander.m.grasse@sowi.uni-giessen.de](mailto:alexander.m.grasse@sowi.uni-giessen.de)







**Bisher veröffentlicht:**

Alexander Grasse

***Die italienischen Parlamentswahlen 2008: neue Konturen für die „Zweite Republik“***

PIFO Occasional Paper No. 1/2008

Giuseppe Gangemi

***Italian Antipolitics as a long run Question: “Bad Civil Societies” or “Bad Elites” ?***

PIFO Occasional Paper No. 2/2008

Rigas Raftopoulos

***Italian Economic Reconstruction and the Marshall Plan. A Reassessment***

PIFO Occasional Paper No. 3/2009

F. Peter Wagner

***“A Finger for Berlusconi”: Italy’s anti-immigration/anti-crime measures, Romanian realities, and the poverty of European citizenship***

PIFO Occasional Paper No. 4/2009

Francesca Gelli

***An alternative narrative of the Second Italian Republic: a view from the city. Contributions of American political science to the study of Italian urban politics***

PIFO Occasional Paper No. 5/2009

Dörte Dinger

***From friends to collaborators? A comparison of bilateral conflicts in the Italo-German relationship***

PIFO Occasional Paper No. 6/2009

Julia Müller

***Direkte Kommunikation zwischen Parteien und Wählern in Italien. Wahlprogramme und Direct Mailing anlässlich der Parlamentswahlen 2006***

PIFO Occasional Paper No. 7/2009

Markus Grimm

***Il Popolo della Libertà. Die Auferstehung der Democrazia Cristiana?***

PIFO Occasional Paper No. 8/2009

Anna Marson

***Land-use planning “scandals” in Tuscany. Mismanagement or underestimation of general public interests?***

PIFO Occasional Paper No. 9/2010

**Bisher veröffentlicht:**

Valentina Pacetti / Angelo Pichierri

***Governance and Agencies: New Policy Instruments up against the Crisis***

PIFO Occasional Paper No. 10/2010

Francesca Gelli / Alexander Grasse

***A country on a knife-edge: Italy and its territorial difference***

PIFO Occasional Paper No. 11/2011

Silvia Bolgherini

***Local Government and Inter-Municipal Cooperation in Italy and Germany***

PIFO Occasional Paper No. 12/2011

Alexander Grasse

***Italienische Finanzkrise und Börsendemokratie. Fakten – Analysen – Maßnahmen***

PIFO Occasional Paper No. 13/2012

ISSN: 1866 - 7619

<http://www.italienforschung.de>  
<http://www.pifo.eu>